

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

E/XK/223

Bonn, den 22. November 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

Ein tüchtiger Mann

45

MdB Klepsch und die Subventionen.
Wo bleibt die Haushaltsehrlichkeit ?

2 + 3

Studentensorgen

86

Zu lange Studienzeiten und überfüllte Hochschulen
Von Professor Dr. K. Beckert, MdB

4

Kleine Schulrevolution in Hamburg

31

Volkschullehrer wurden Studien- und Regierungsräten gleichgestellt

5 - 6

Die Zukunft der NATO

102

WEU-Vereanmlung sucht nach Lösung

Von Egon C. Heinrich

* * *

Ein tüchtiger Mann

MdB Klepsch und die Subventionen
Wo bleibt die Haushaltsehrlichkeit ?

sp - Mangel an Ehrlichkeit scheint das einzige Kennzeichen zu sein, mit dem auch die neue Bundesregierung sichtbar behaftet ist. Was sich die sie tragenden Parteien vor der Wahl an Versprechungen geleistet haben, welche Unterlassungen von der damaligen Bundesregierung begangen wurden, ist hinreichend bekannt und findet täglich seinen Niederschlag in den deutschen Zeitungen. Nachdem sich Erhard entschlossen hat, sein sogenanntes Sparprogramm zu verkünden, setzt jetzt die Nachfolgeneration in der CDU auf einen Schein anderthalb Scheine. Der Bundesvorsitzende der Jungen Union und CDU-Abgeordnete Egon Klepsch meinte, man könne den Bundeshaushalt 1966 noch um zweieinhalb weitere Milliarden kürzen, ohne jemandem weh zu tun. Herr Klepsch will diese rund zweieinhalb Milliarden bei Subventionen einsparen, von denen er behauptet, sie wurden bis auf den heutigen Tag bezahlt, obwohl dafür kein ernsthaftes Bedürfnis mehr vorhanden sei.

- * Wenn die Aussage des Herrn Abgeordneten Klepsch richtig ist,
- * dann bedeutet sie einen schweren Vorwurf gegen die frühere
- * und jetzige Bundesregierung und gegen die Parteien, die diese
- * Regierung trugen und noch tragen. Mit anderen Worten be-
- * sagt nämlich der Hinweis des Herrn Klepsch auf weitere Spar-
- * möglichkeiten, daß die Regierung in früheren Jahren das Par-
- * lament b e l o g e n hat, wenn sie behauptete, bestimmte
- * Subventionen müßten unbedingt weiter gezahlt werden.

Die Sache mit den Subventionen ist - zugegeben - ein heißes Eisen. Vor einigen Jahren hat man einmal eine Aufstellung aller direkten und indirekten Subventionen gemacht. Man wollte damals die Subventionswirtschaft durchforsten, um wenigstens annähernd an eine gewisse Haushaltsehrlichkeit heranzukommen. Praktisch ist daraus nie etwas geworden, denn jedesmal, wenn sozialdemokratische Wirtschafts- oder Finanzexperten dieses Thema in den hierfür zuständigen Gremien anschnitten, sorgte die aus CDU/CSU und FDP bestehende Mehrheit dafür, daß entsprechende Anregungen unter den Tisch gebügelt wurden. Jetzt kramt Herr Klepsch die Ärmel auf, tut so, als sei in der Frage der Subventionen noch nie etwas unternommen worden und ignoriert souverän die Tatsache, daß seine Partei und seine Regierung längst die Möglichkeit gehabt hätten, die Subventionsdschungel in aller Öffentlichkeit zu lichten.

Natürlich hütet sich Herr Klepsch wohlweislich, diejenigen Subventionen beim Namen zu nennen, von denen er glaubt, daß sie überflüssig sind. Die Hauptsache ist, daß man davon spricht, wie "sparsam" die CDU jetzt sein wolle und daß in Verbindung damit entsprechende Schlagzeilen in der deutschen Presse erscheinen.

Ein tüchtiger Mann, der Herr Abgeordnete Klepsch.

Studentensorgen

Zu lange Studienzeiten und überfüllte Hochschulen

Von Professor Dr. K. Bechert, MdB

Im Hessischen Hochschulgesetzentwurf heißt es in § 16 (3):

- * Die Fakultäten sind dafür verantwortlich, daß die Studenten innerhalb der vorgeschriebenen Studienzzeit in sachgerechter Reihenfolge über alle notwendigen Fächer ihres Studienbereiches Vorlesungen, Übungen und andere Unterrichtsveranstaltungen besuchen und ihr Studium abschließen können. Hierzu stellen die Fakultäten langfristige Studienordnungen auf; sie führen regelmäßige Studienberatungen, insbesondere für die Studenten der Anfangs- und Prüfungssemester, durch. Die Fakultäten wirken zusammen mit den Prüfungsämtern und den Prüfungsorganen darauf hin, daß die Studenten in der Regel die in den Prüfungsordnungen festgesetzten Studienzeiten einhalten.

Über diese Bestimmung wurde auf einer kürzlich vom SKB veranstalteten Tagung längere Zeit debattiert. Am Schluß der Debatte bestand Einmütigkeit unter den Teilnehmern, daß diese Bestimmung das Problem richtig sieht: Die Studienzeiten müssen in vernünftigen Grenzen gehalten werden.

Es liegt mir daran, hier zu wiederholen, was ich zu diesem Fragenbereich auf der Tagung gesagt habe, und was - nebenbei gesagt - den ungeteilten Beifall, vor allem der Studierenden, gefunden hat. Die Studienordnungen, die es an jeder Hochschule für die Mehrzahl der Fächer gibt, sind in ihrer jetzigen Gestalt nicht selten Änderungsbedürftig. Das Gleiche, die Änderungsbedürftigkeit nämlich, gilt auch für Prüfungsordnungen. So ist den Hochschullehrern der Mathematik und Physik bekannt, daß die Anforderungen an Mathematik, die für das Studium der Physik und auch in den Lehramtsprüfungsordnungen für Physik gestellt werden, ein unglücklicher Kompromiß sind zwischen dem wirklich Notwendigen und den Wünschen der Fachvertreter für Mathematik an den Hochschulen. In den Studienplänen für Maschinenbau an den Technischen Hochschulen gibt es Anforderungen, Vorlesungen und Übungen mitzumachen, die für die Ausbildung überflüssig sind. Die Lehramtsprüfungsordnungen leiden im allgemeinen daran, daß die Prüfungsanforderungen, denen der Prüfling genügen soll, nur als utopisch bezeichnet werden können. Es ist viel zu vielerlei, und in der Prüfungswirklichkeit gibt es kaum je einen Prüfling, der diesen auf dem Papier stehenden Anforderungen genügt. Die Folge ist, daß die Lehramtsprüfungen eine Art gewissenhaft aufgeführter Selbstbetrug für Prüfer und Prüfling geworden sind. Aber leider haben die Studenten als Folge dieser Vorschriften eine solche Anzahl von Vorlesungen und sonstigen Ausbildungsveranstaltungen während ihrer Studienzzeit zu belegen, daß sie damit in vernünftiger Zeit nicht fertig werden. Ergebnis: Die Ausbildungszeit ist zu lang. Das Übel ist in diesem Fall dadurch mitverursacht, daß jedes neue Wissensgebiet, das von der Forschung erschlossen wird und durch Lehrstühle an den Hochschulen vertreten ist, den Wunsch hat, und in der Regel auch durchsetzt, in den Prüfungsordnungen der Lehramtskandidaten vorzukommen.

Der Wissenschafterrat hat darauf hingewiesen, daß die Apothekerausbildung bei uns den heutigen Gegebenheiten nicht entspricht. Die Apothe-

ker verkaufen Arzneimittel, die ihnen die pharmazeutische Industrie fertig-liefert. Daß der Apotheker eine Arznei nach ärztlicher Vorschrift herstellt, kommt kaum noch vor, der Apotheker ist also fast ausschließlich zum sachkundigen Verkäufer geworden. Die Vorschriften für die Tätigkeit in Apotheken und die Ausbildungsordnung für Apotheker müssen den veränderten Bedingungen angepaßt werden. Das wird eine fühlbare Entlastung für Hochschulen und Studierende bringen - wenn es erst einmal so weit ist, daß die Hochschulen und der Gesetzgeber die notwendigen Folgerungen aus der veränderten Lage gezogen haben. Auch für andere Berufe und Tätigkeiten, für die heute Hochschulstudium verlangt wird, ist es dringlich zu prüfen, ob nicht die Ausbildungspläne, die Prüfungsordnungen geändert und die Studienzeiten verkürzt werden könnten und sollten, ja, ob nicht für manche Berufe und Tätigkeiten das heute verlangte Hochschulstudium samt Zeugnis unnötig ist.

Ich weiß, es wird einen Sturm der Entrüstung geben, aber ich meine, der Wissenschaftsrat sollte zur Frage der Studienordnungen, Ausbildungspläne, Prüfungsordnungen für die verschiedenen Studienfächer und Studiengänge ins einzelne gehende Verbesserungsvorschläge machen unter den Leitgedanken: Für welche Berufe ist Hochschulstudium notwendig, welche Ausbildungs-, welche Prüfungsanforderungen werden den heutigen Verhältnissen gerecht, wie sie den Studierenden im künftigen Beruf normalerweise begegnen? Damit der Wissenschaftsrat solche Empfehlungen geben kann, braucht er enge Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen von Bund und Ländern (Bundeswissenschaftsministerium, Kultusministerien und sonstige Ressorts der Landesregierungen), mit der Rektorenkonferenz und mit Fachorganisationen, mit Industrie und Wirtschaft und mit dem Bildungsrat, der noch im Zustand des Entstehens ist. Auch sollten die Erfahrungen anderer führender Nationen in diesem Zusammenhang beachtet werden. Für eine solche Aufgabe, die überaus dornenvoll ist, müßte der Wissenschaftsrat den Auftrag von Bund und Ländern formell bekommen.

Um unfreundliche Einwände abzuwehren: Natürlich meine ich nicht, daß die Studierenden daran gehindert werden sollen, auch länger zu studieren als die Ausbildungspläne das vorschlagen. Und natürlich erfordert die Ausbildung für wissenschaftliche Tätigkeit an Hochschulen, Forschungseinrichtungen der öffentlichen Hand und der Wirtschaft mehr an Studium und mehr an Ausbildung, als in den Studienordnungen, Ausbildungsplänen, Prüfungsordnungen steht. Die Reform, die ich hier meine, bezieht sich auf die Ausbildung für die sogenannten akademischen Berufe, die also ein Hochschulstudium verlangen, in denen aber nicht Wissenschaft und Forschung von Berufs wegen betrieben wird.

Begleiterscheinung der Überfüllung der Hochschulen ist, daß der Studierende mit seinen Hochschullehrern, auch mit den Assistenten, kaum noch in Kontakt kommt. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates haben zwar dazu geführt, daß die Zahl der Lehrstühle erheblich vergrößert worden ist, aber die deutschen Hochschulen in der Bundesrepublik haben zu wenig Assistentenstellen, und die Bezahlung der wissenschaftlichen Assistenten ist bei uns so, daß sie nicht mit Angeboten aus der Industrie und aus wissenschaftlich hochqualifizierten anderen Ländern konkurrieren kann. Die Abwanderung begabten wissenschaftlichen Nachwuchses hält immer noch an.

Kleine Schulrevolution in Hamburg

Volksschullehrer wurden Studien- und Regierungsräten gleichgestellt

Hamburgs Regierung, der Senat, hat sich zu einer kleinen Schulrevolution entschlossen: Hamburgs Volksschullehrer sollen künftig nach ihrem mindestens sechsemestrigen Studium und zwischen der ersten und zweiten Staatsprüfung ein zweijähriges Referendariat ableisten. Damit wird eine alte Forderung nicht nur der Hamburger Lehrerschaft erfüllt.

Die neuen Volksschullehrer sind nun nach der Art ihrer Ausbildung und mit der Anfangsstufe ihres Gehalts den Regierungs- und Studienräten gleichgestellt. Dieser Effekt ist schon deshalb bemerkenswert, weil er geeignet sein dürfte, das Desinteresse männlicher Abiturienten am Volksschullehrerberuf zu beseitigen. Gegenwärtig sind von fünf Pädagogikstudenten vier Frauen. Da man damit rechnet, daß Lehrerinnen durchschnittlich nach sieben Berufsjahren der Familie wegen zumindest vorübergehend ausscheiden, würde diese Entwicklung auch den drohenden Lehrermangel verstärken.

Wichtiger jedoch als dieser Gesichtspunkt sind die schulpolitischen Gedanken, die Hamburgs Senat zur Einführung des Volksschullehrerreferendariats bewegen. Senat und Lehrerschaft sind überzeugt, daß die bisherige Praxis, den die Hochschule verlassenden Junglehrer ohne Übergang in den Klassenlehrgang zu stellen, den erheblich gesteigerten Ansprüchen der modernen Schule nicht mehr genügt.

Wie 1925 mit der Einführung des Hochschulstudiums für Volksschullehrer so geht Hamburg auch jetzt mit der Einführung des Referendariats wieder in der Lehrerbildung voran. Das geschieht in der Überzeugung, daß die Volksschule, gleichgültig ob künftig neun- oder zehnjährig, das Fundament unseres Bildungswesens bleibt.

Koch immer beziehen achtzig Prozent aller Kinder in der Bundesrepublik ihre Bildung ausschließlich durch die Volksschule. Dieses größte und nachhaltigste Bildungsinstitut unseres Volkes gilt es gesund und leistungsfähig zu halten. Die Einführung des Volksschullehrerreferendariats in Hamburg ist dazu ein wichtiger Beitrag.

Die Zukunft der NATO

WEU-- Versammlung suchte nach Lösungen

Von Egon C. Heinrich

Urweit von Eiffelturm und Elysée-Palast, im Pariser Palais d'Iéna, diskutierte die Versammlung der Westeuropäischen Union unter ihrem Präsidenten Professor Dr. Carlo Schmid (drei Tage lang alle aktuellen Probleme des westlichen Bündnisses: Die Krisen in der EWG und der NATO, die europäische Sicherheit, die Nichtweitergabe von Atomwaffen, die künftige Form des atlantischen Verteidigungsbündnisses, die Beziehungen zwischen EWG und EFTA, das Verhältnis der westeuropäischen Staaten zu den Ostblockstaaten und schließlich die Fragen der Raumfahrt. Die WEU-Versammlung, der 89 Parlamentarier aus den sechs EWG-Ländern und Großbritannien angehören, ist neben dem Straßburger Europa-Rat das wichtigste Bindeglied zwischen den sechs EWG-Staaten und dem Rest des freien Europa. Hier liegt das Charakteristikum und der besondere Wert der Westeuropäischen Union, die nach dem Scheitern der Beitrittsverhandlungen zwischen EWG und England im Januar 1963 zu neuem Leben erweckt wurde. Dazu hat nicht zuletzt die Tatsache beigetragen, daß Bundestagsvizepräsident Professor Carlo Schmid bereits seit mehreren Jahren Präsident der WEU-Versammlung ist.

EWG - EFTA ?

Die jetzt abgeschlossene Sitzungsperiode hat denn auch wieder deutlich gezeigt, daß sich die Engländer als einen selbstverständlichen Bestandteil des freien Europa betrachten. Inner ist zur Zeit an einen Abbau der Zolldiskriminierung zwischen den beiden Wirtschaftsböcken EWG und EFTA besonders stark gelegen. Angesichts der EWG-Krise sieht man dafür aber, ebenso wie für den von allen englischen Parteien gewünschten Beitritt Großbritanniens zur EWG, nur äußerst geringe Chancen. Die einzige Möglichkeit, die Zollmauer in Europa zu beseitigen, bleibt daher der erfolgreiche Abschluß der Kennedy-Runde im GATT. Der Labour-Abgeordnete Maurice Edelman unterbreitete einen Bericht über "England, die EFTA und die EWG". In der anklingenden Empfehlung werden die Regierungen zu neuen Einigungsbestrebungen und zu einem Brückenschlag zwischen den beiden Blöcken aufgerufen. Seit dem Ende Oktober in Kopenhagen beschlossenen Verhandlungsangebot der EFTA an die EWG ist der Brückenschlag trotz EWG-Krise wieder in der Diskussion.

Die Bedeutung der WEU

Wenn auch das Schwergewicht der WEU institutionsbedingt auf dem militärpolitischen Gebiet liegt, so erwies sich die WEU-Versammlung bei ihrer diesjährigen Herbsttagung doch wieder als ein Forum gesamt-europäischer, permanenter politischer Diskussion. Während etwa das Europäische Parlament vor allem die innerhalb der EWG anstehenden Sachprobleme diskutiert, werden in der WEU-Versammlung fast ausschließlich die brennenden Fragen der europäischen und atlantischen Politik behandelt. Allerdings sind die Befugnisse der WEU-Versammlung noch weitaus geringer als jene des Europäischen Parlaments. Indessen haben Europäisches Parlament, Beratende Versammlung des Europarats und WEU-Versammlung vieles gemeinsam: Die Parlamentarier in allen drei Gremien treten intensiv für die europäische Zusammenarbeit und die Erhaltung der bestehenden Gemeinschaften ein. In der Frage der Abtretung von nationalen Souveränitätsrechten sind die Meinungen dagegen geteilt.

Zweite Parallele: In den drei Parlamenten sind die Gaullisten inzwischen in einsamer Isolierung; sie stimmten in Paris gegen alle jene Vorlagen, mit denen eine Aufrechterhaltung der Integration in NATO und EWG gefordert wird.

Oberste NATO-Exekutive?

Im Mittelpunkt der WEU-Tagung stand eine zweitägige Debatte über die politische Zukunft der NATO und den Stand der europäischen Sicherheit. Die niederländische Abgeordnete Stoffels-van Haaften und der frühere konservative englische Verteidigungsminister Duncan Sandys hatten Berichte und Empfehlungen zu beiden Fragen vorgelegt. Im Bericht Sandys wird die Bildung einer Obersten NATO-Exekutive vorgeschlagen, der die Leitung der Allianz auf militärischem und politischem Gebiet obliegen soll. Die großen Länder der Allianz sollen in dem Gremium ständig vertreten sein, die kleineren dem Führungsorgan abwechselnd für eine bestimmte Zeit angehören. Ziel des WEU-Vorstoßes ist die Lösung der Frage des atomaren Mitspracherechts innerhalb der NATO. Der WEU-Vorschlag hat Ähnlichkeit mit dem von de Gaulle vor Jahren geforderten Dreier-Direktorium, das damals aber von den USA abgelehnt worden war. Die WEU-Initiative dürfte auf die Ablehnung der französischen Regierung stoßen. Frankreich nimmt an den Ende November in Paris stattfindenden Gesprächen des NATO-Rates nicht teil...

Erlar für Gemeinschaftslösung

Zu den prominentesten Rednern gehörten der NATO-Generalsekretär Brosio, der sozialdemokratische holländische Staatssekretär van der Stoep und der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Fritz Erler. Brosio kündigte für 1966 Verhandlungen über die Reform und Reorganisation des Bündnisses an; dabei gehe es um die Existenz der NATO schlechthin. In einer stark beachteten Rede bekannte sich Fritz Erler zur Erhaltung der Integration von NATO und EWG, zur Abrüstung, zum deutschen Mitspracherecht in der Atomstrategie und zur deutsch-französischen Freundschaft und Zusammenarbeit. Eine deutsche Atombewaffnung lehnte der SPD-Politiker scharf ab. Jedoch könne Deutschland als einziges Volk nicht für immer anders behandelt werden als alle anderen Völker der Welt. Es müsse daher eine praktikable Gemeinschaftslösung gefunden werden. Für die deutsche Sicherheit sei die Anwesenheit von amerikanischen Truppen unerlässlich, solange die Bedrohung durch die Sowjetunion anhalte. Die NATO- und EWG-Verträge dürften nicht ausgehöhlt werden. Die deutsch-französische Freundschaft bleibe die Grundlage der europäischen und atlantischen Gemeinschaft. Jede Hegemonie sei aber abzulehnen. Die SPD trete für ein Europa der Freien und Gleichen ein. Im Rahmen der deutsch-französischen Freundschaft gibt es nach Ansicht Erlers noch viele Bereiche einer intensiveren Zusammenarbeit. Das gelte vor allem für die gemeinsame Ostpolitik, die wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit sowie für den Jugendaustausch.

Der Hamburger SPD-Bundestagsabgeordnete Wilhelm Berkhan legte der Versammlung einen Bericht über wirtschaftlichen und finanziellen Aspekte der europäischen Sicherheit vor. Darin werden vor allem die Unterschiede zwischen einer Berufsheer (England) und einer Wehrpflichtigenheer (alle sechs anderen WEU-Länder) untersucht. Die Dauer der Wehrpflicht ist in den meisten Ländern völlig unterschiedlich und reicht von neun bis 18 Monaten. In einer einstimmig gebilligten Empfehlung fordert die WEU-Versammlung eine Harmonisierung der unterschiedlichen Bedingungen sowie eine Verbesserung der Besoldung und der sozialen Vorteile für die Soldaten.